



Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

gb.links

- Ein Dach statt Beton über dem Kopf
- Das neue Team für Klimaschutz und Gerechtigkeit
- Flankierende Massnahmen mit Biss



Berner Gemeindewahlen 2008

Triumph für RotGrünMitte – Bern wird grüner!

Mit 24154 Stimmen ist Regula Rytz die bestgewählte Gemeinderätin.

Die Gemeinderatswahlen der Stadt Bern wurden mit dem Spitzenresultat von Regula Rytz zu einem Triumph für RotGrünMitte. Mit über 56% der Stimmen hat RGM das beste Resultat seit Bestehen erzielt, gegenüber 2004 plus 7%. Alex Tschäppät wurde mit 23% Vorsprung als Stapi souverän bestätigt. Der Stadtrat wird grüner, jedoch mit durchzogener Bilanz für RotGrünMitte.

Das Ausmass des RotGrünMitte-Sieges überraschte viele. Das Espace-Medienhaus hatte in den letzten Jahren alle Kanäle mobilisiert, um einen Wechsel herbeizureden und -zuschreiben: Bern, die tote Provinzstadt, die sich nicht entwickelt und nichts baut. Bern, die dreckige Stadt der BettlerInnen und gewalttätigen Chaoten. Bern, Zentrum des Sozialhilfemissbrauchs, der Geldverschwendung und der hohen Gebühren. Nach der Eröffnung des über-

zeugenden Bahnhofplatzes, der Entwicklung von Bern-West mit Tram-Anschluss und nach dem rauschenden Euro 08-Fest verliefen einige dieser Kampagnen im Sand. Sie wurden durch Unterhaltungsbrunz ersetzt: Die Bärenmutter hat ein Plakat aufgehängt, ist auf den Niesen gestiegen, hat Suppe gekocht und im Bärengraben Geld verlockt – Jimmy hat Bier spendiert und Sprüche geklopft, Nause einen kaputten Pflasterstein, aber keine Gartenbeiz gefunden und eine Petition lanciert... Fundierte Stadtpolitik fand nur noch selten und selektiv Zugang zu den Medien.

Trotzdem hat die Berner Bevölkerung differenziert geurteilt und den grossen Leistungsausweis, den RotGrünMitte in der Vorwahlzeitung «Bern, mon amour!» dokumentiert hat, anerkannt. Die Mehrheit der BernerInnen ist sich bewusst, wer mit Herzblut und viel Sachverstand komplexe Projekte realisiert, wer nachhaltige Pläne schmiedet und wer auf der

anderen Seite auf Sparflamme warme Luft erzeugt. Und dass auch junge grüne Politik ihren Platz hat, beweist der grosse Achtungserfolg (fünfhöchste Stimmenzahl) von Daniel Klausner. Bilanz: RotGrünMitte klar bestätigt, die bürgerliche Mitte gestärkt, Rechtsaussen die rote Karte – urbane, ökologische und mit der aufkommenden Wirtschaftskrise zunehmend soziale Politik hat in Bern mehr denn je Zukunft.

Leichte Enttäuschung im Stadtrat
 Das GB und die JA! konnten ihre Sitzzahl mit einem marginalen Stimmenverlust halten, die Grüne Partei Bern errang ein zweites Mandat dazu. Mit Aline Trede zieht neu eine junge grüne in die Fraktion ein. Insgesamt ein gutes Resultat, doch viele hatten mehr erwartet. Die SP verlor 5,6% Wähleranteil und vier Sitze. Die Sozialhilfekampagne zeigte Wirkung, die kontrovers diskutierten Richtungswechsel der SP bleiben umstritten. Die GFL verlor 1,7% und ein Mandat – angesichts der

neuen grünen und mitte Listen ein gutes Resultat. Ihre Panaschierbilanz zeigt weiterhin klar Richtung RotGrün, was nicht heissen muss, dass sich die Mandats-trägerInnen dessen bewusst sind. Die Grünliberalen errangen vier Sitze, was den Erwartungen entspricht. Bern ist (hell)grüner geworden, vier SP-Mandate wurden durch die GLP ersetzt.

Die grösste Bewegung fand von Rechtsaussen in die bürgerliche Mitte statt. Die unter Chefideologe Philippe Müller rechts geifernde FDP verlor fünf, die SVP zwei Mandate. Diese wurden von der mit Anstand, aber ohne Programm und mit wenig Personal politisierenden BDP beerbt. RotGrünMitte instabiler, die bürgerliche Mitte auf Identitätssuche, Rechtsaussen von der Bevölkerung abgestraft – so die durchgezogene Bilanz der Berner Stadtratswahlen 08.

Hans Niklaus

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Do, 15. Januar, 19.30 Uhr, Käfigturm Bern. **Lesung aus «Checkpoint Huwara».** In «Checkpoint Huwara» lässt die Journalistin **Karin Wenger** israelische und palästinensische «Helden» von ihrem Alltag erzählen.
- Mo, 19. Januar, 19–22 Uhr, Volkshaus Zürich. **Ein neues Bretton Woods?** Referate über die Welt-Finanzordnung, die USA und ihre Vormachtstellung, den Linksruck in

Lateinamerika, eine globale Linke und das Schweizer Bankgeheimnis. Mehr auf www.denknetz-online.ch

- Mi, 21. Januar, 8.45–17 Uhr, Weltpostverein, Bern. **3. Schweizer Asyl-symposium:** Aufnehmen, Schützen, Integrieren. Infos: www.osar.ch/symposium
- Sa/So, 24./25. Januar, Kippel. **Retraite des Grünen Bündnis.**

Ein turbulentes, politisch bewegtes Jahr liegt hinter uns. Für die geleistete Unterstützung, das Unterschriften Sammeln, Wahlmaterial Verteilen, Artikel Schreiben, die vielen Inputs, die motivierenden e-mails, die konstruktiven Gespräche usw. möchten wir Euch herzlich danken. Wir wünschen Euch eine erholsame Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und freuen uns auf ein bewegtes 2009!



Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

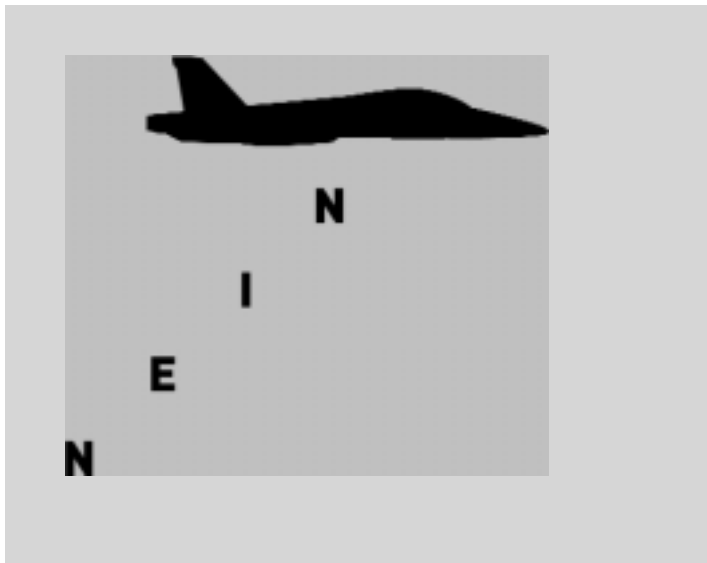
PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

gb.tipp



Nein zu neuen Kampfflugzeugen

Gesamtschweizerischer Sammeltag: 24. Januar 2009 – Hilf mit!

Für mehrere Milliarden Franken will sich die Armee neue Kampffjets beschaffen. Das Beschaffungsvorhaben ist sicherheitspolitisch unsinnig, finanzpolitisch skandalös und umweltpolitisch fatal.

In der Schweiz sind Referenden gegen Rüstungsbeschaffungen nicht möglich. Deshalb braucht es eine Volksinitiative, damit die Stimmbevölkerung über diese unsinnige Beschaffung entscheiden kann. Das Unverständnis über den beabsichtigten Kauf ist gross, das zeigt sich deutlich am Fortschritt der Unterschriftensammlung: Rund zwei Drittel der benötigten Unterschriften sind bereits beisammen.

Leider bleibt keine Zeit, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen, denn: Die Unterschriftensammlung für die Initiative soll bis im Frühling abgeschlossen sein, rechtzeitig bevor der Bundesrat die Beschaffungsvorlage ins Parlament bringt.

Die Sammelambitionen sind ehrgeizig – doch mit vereinten Kräften schaffen wir es! Hilf mit und unterstütze die Unterschriftensammlung, beispielsweise am nächsten gesamtschweizerischen Sammeltag vom 24. Januar 2009.

Interessierte melden sich bitte bei der GSoA Bern, bern@gsoa.ch, 031 301 82 09.

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links
 1/2009: 15. Januar.
 Redaktion: Angela Mattli, Karin Jenni, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Montag, 19. Januar, 19.15 Uhr, GB-Sekretariat
Ökologie
 Kontakt: Martina Dvoracek, martina.dvoracek@gmx.net

Internationales und Migration
 Kontakt: Ron Ganzfried, ron.ganzfried@gmail.ch
Bildung (kantonale AG)
 Kontakt: Corinne Schärer, corinne.schaerer@vpodbern.ch

Wirtschaft (kantonale AG)
 Montag, 13. Januar, 20 Uhr, Sekretariat Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21
 Kontakt: Thomas Bauer, tomba@students.unibe.ch

Nationale Politik
 Kontakt: Hasim Sancar, sancars@bluewin.ch
Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 7. Januar, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Flankierende Massnahmen mit Biss



Gesamtarbeitsverträge und griffige flankierende Massnahmen sind eine Voraussetzung für die Personenfreizügigkeit: Das war auch bei der Abstimmung 2005 über den freien Personenverkehr die Forderung der Gewerkschaften und rot-grünen Parteien.

Am 8. Februar 2009 stimmt die Schweiz über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ab. «Freier Personenverkehr nur mit Schutz vor Lohn- und Sozialdumping», war bisher die Position der Gewerkschaften und der rotgrünen Parteien. Der Bundesrat muss in den kommenden Wochen aufzeigen, dass er auf eine Stärkung statt eine Aufweichung der flankierenden Massnahmen setzt.

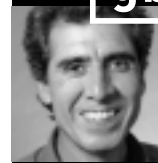
Die Abschaffung des Saisonierstatutes und somit die Abkehr von einer Migrationspolitik, welche einzig auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse abstellt, war eine langjährige Forderung der sozialen Kräfte. Mit der Personenfreizügigkeit hat sich die Situation für die BürgerInnen aus den EU-Ländern deutlich verbessert. Ohne Personenfreizügigkeit wäre zudem der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre kaum möglich gewesen. Gleichzeitig verstärkt die Personenfreizügigkeit jedoch in zahlreichen Branchen den Druck auf die Arbeitsbedingungen.

Nur mit griffigen Schutzmassnahmen
Um zu verhindern, dass die Personenfreizügigkeit zu Lohn- und Sozialdumping führt, haben die sozialen Kräfte im Vorfeld der vergangenen beiden Abstimmungen zum freien Personenverkehr griffige flankierende Massnahmen gefordert. Mit Erfolg: Heute können Gesamtarbeitsverträge, die Mindestarbeitsbedingungen regeln, einfacher allgemeinverbindlich erklärt werden. Die Kontrollen der Mindestarbeitsbedingungen wurden wesentlich ausgebaut und bei wiederholtem Lohndumping kann der Staat mit Normalarbeitsverträgen verbindliche Mindestlöhne festlegen – für Hausangestellte dürfte das in Kürze geschehen.

Keine Verschlechterungen, sondern Verbesserungen!
Die flankierenden Massnahmen sind unter Druck. Ausländische Arbeitgeber stören sich z.B. an der Vorschrift, dass sie mindestens acht Tage vor Arbeitsbeginn ihre Tätigkeit anmelden müssen. Würde die Schweiz aber diese Regelung kippen, könnte die Einhaltung der Arbeitsbedingungen kaum mehr kontrolliert werden. Der Bundesrat muss zudem beim Gesetz über öffentliche Aufträge Farbe bekennen: Er muss klar festlegen, dass die Arbeitsbedingungen des Leistungsortes und nicht des Herkunftsortes der Firmen gelten. Nur so sichert er in der Schweiz Schweizer- und nicht osteuropäische Tarif-Löhne. Es braucht auch Verbesserungen: So muss z.B. die Haftung des Hauptauftragnehmers für die von ihm beauftragten Subunternehmer endlich festgelegt werden.

EU-Richter stellen soziale Sicherheit in Frage
Der EU-Gerichtshof in Luxemburg hat kürzlich mehrere sehr beunruhigende Urteile gefällt: Im Dezember 2007 erklärten die EU-Richter eine Blockade einer Baustelle der lettischen Firma Laval im schwedischen Vaxholm für rechtswidrig. Mit der Blockade forderten Gewerkschaften die Einhaltung der zwischen den Vertragspartnern festgelegten Tariflöhne ein. Da diese Mindestlöhne nicht allgemeinverbindlich seien, müssten sie nicht befolgt werden, so das Gericht. Im niedersächsischen Celle erlaubt das EU-Gericht einer polnischen Firma tiefere Löhne zu bezahlen, als im örtlichen Tarifvertrag festgelegt – verbindlich seien nur die nationalen Mindestlöhne. Die EU-Richter stellen damit zunehmend in Frage, dass für gleiche Arbeit am gleichen Ort die gleichen Löhne bezahlt werden. Umso wichtiger sind daher klare gesetzliche Regelungen und gute allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz. Und auf europäischer Ebene braucht es einen breiten politischen Druck, damit die Urteile des EU-Gerichtes korrigiert werden.

Der Bundesrat muss sich entscheiden: Wenn er in den nächsten Wochen nicht glaubhaft darlegt, dass die Angriffe auf die flankierenden Massnahmen abgewehrt werden und er zu griffigen Schutzmassnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping steht, droht die Ausweitung der Personenfreizügigkeit zu scheitern.
Nico Lutz



Ein Dach statt Beton über dem Kopf
Flüchtlinge verlassen ihr Land. Manche verlieren ihr Leben auf der Flucht über Grenzen oder auf dem offenen Meer. Viele sind traumatisiert.

Das revidierte Asylgesetz stärkt die Festung Europa und lässt Türen und Augen vor Kriegen, Armut und Flucht schliessen. Das zuständige Departement hat die Kantone und die einschlägigen NGOs massiv unter Druck gesetzt und die Möglichkeiten der Unterbringung von Asylsuchenden auf ein nicht tolerierbares Minimum reduzieren lassen. Dies widerspiegelt einmal mehr die Abwehrpolitik des EJPD und ist zugleich Ausdruck der Spareuphorie des damaligen Departementchefs.

Obwohl die Zahl der Asylsuchenden kontinuierlich steigt, reagierte der zuständige Regierungsrat des Kantons Bern nur zögerlich, um dann plötzlich und blitzartig von der Stadt Bern die Aufnahme neuer Asylsuchender zu verlangen. Die Stadt übernimmt nun 200 neue Asylsuchende, was auch Sinn macht, denn Städte sind geeigneter, da sie ein besseres soziales Netz bieten. Aber es braucht mehr als nur Beton. Zwar sind jetzt zwei Zivilschutzanlagen geöffnet worden. Viele Asylsuchende dürfen aber nicht arbeiten. Ohne Tageslicht in den Zivilschutzanlagen herumzuhängen bringt auch nichts, weder für sie noch für das Gesundheitswesen. Zu einer menschenwürdigen Asylpolitik der Stadt gehören daher genügend überirdische Plätze und eine professionelle Betreuung.

Hasim Sancar, GB-Stadtrat

gb.kommissionen

Die Gemeindeordnung räumt der Quartierbevölkerung das Recht ein, in Belangen mitwirken zu können, die ihr Quartier besonders betreffen. Um der Stimme der Quartierbevölkerung ein grösseres Gewicht zu geben, nehmen Quartierorganisationen diese Mitwirkungsrechte wahr, vorausgesetzt, sie widerspiegeln die Zusammensetzung und Vielfalt des Quartiers. Die Quartierorganisationen sind nicht nur Partnerinnen des Gemeinderats und der Verwaltung, z.B. in Planungsfragen, sie fördern auch das Zusammenleben im Quartier. Mit Ausnahme der Innenstadt verfügt heute jeder Stadtteil über eine anerkannte Quartierorganisation.

Das **Grüne Bündnis** ist in den **Quartierorganisationen** mit folgenden Personen vertreten:
Erwin Maurer, QM3 (Mattenhof/Weissenstein)
Gunda Lusser, Qua4 (Kirchenfeld/Schosshalde)
Sandro Vicini, QBB (Bümpliz/Bethlehem)
Yves Robert, Dialog Nordquartier Breitenrain/Lorraine (**Hannes Meuli**, Stv.)
Peter Niederer, Länggasse/Felsenau (**Gustav Tribolet**, Stv.)

Wir danken allen Mitwirkenden für ihr Engagement!
Kontakte und Informationen vermittelt das GB-Sekretariat.

gb.energieinitiative

Nach nur drei Monaten Sammelzeit wurde die **Initiative für die EnergieWendeBern (ewb)** Ende November mit rund 6000 Unterschriften eingereicht. Das Grüne Bündnis hat die Hälfte der Unterschriften gesammelt und damit massgeblich zum raschen Zustandekommen der Initiative beigetragen. Wir danken allen herzlich, die uns dabei unterstützt haben. Falls kein Gegenvorschlag vom Gemeinderat erfolgt, wird die Initiative Ende 2009 zur Abstimmung kommen.



GB-Köpfe

Das Team für Klimaschutz, Gerechtigkeit und Lebensqualität

Wir freuen uns über die mit bestem Resultat gewählte **Gemeinderätin Regula Rytz** und über die Bestätigung der rot-grünen Mehrheit. Das persönliche Resultat von Regula Rytz ist Anerkennung für ihre kompetente und lösungsorientierte Arbeit als grüne Gemeinderätin. Die Bestätigung der acht Sitze für das Grüne Bündnis ist – angesichts der Konkurrenz von grünen und grünlichen Parteien – Anerkennung für das unverwechselbare Profil des GB als ökologische und soziale

Bewegung. Mit Aline Trede wurde erstmals eine Vertreterin der **jungen grünen** gewählt.

Wir gratulieren allen wiedergewählten und neugewählten StadträtInnen und freuen uns auf eine neue erfolgreiche und spannende Legislatur mit ihnen!

Karin Gasser, die aus beruflichen Gründen nicht wieder angetreten ist, danken wir herzlichst für ihre sehr engagierte Arbeit im Stadtrat und wünschen ihr alles Gute!



Aline Trede (neu), 1983, junge grüne, Vizepräsidentin Grüne Schweiz, Kampagnenleiterin VCS Schweiz



Emine Sariastan (bisher), 1964, dipl. Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin



Hasim Sancar (bisher), 1960, Co-Fraktionspräsident GB/JA!, Leiter Sozialberatung SRK



Stephanie Penher (bisher), 1975, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!, Kampagnenleiterin Umwelt Grüne Schweiz



Christine Michel (bisher), 1964, Gleichstellungssekretärin Dienstleistungsberufe Unia



Natalie Imboden (bisher), 1970, GB-Präsidentin, Gewerkschaftssekretärin Unia



Urs Frieden (bisher), 1956, Vize-Stadtratspräsident 2009, Journalist



Cristina Anliker-Mansour (bisher), 1964, Ausbilderin, Portfoliofachperson effe

Von der **Jungen Alternative JA!** wurden **Anne Wegmüller** und **Lea Bill** gewählt. Herzliche Gratulation!